

# Konfessionsfreie und säkulare SozialdemokratInnen Sachsen



Newsletter 04/2016  
13.09.2016

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe UnterstützerInnen,

heute möchte ich Euch über die wichtigsten Ergebnisse unseres Jahrestreffens vom 10. September 2016 informieren. Das Jahrestreffen fand über insgesamt fünfeinhalb Stunden in angenehmer Atmosphäre und bei bester Vorbereitung durch unsere Hamburger Gruppe statt. Ein herzlicher Dank geht deshalb an die Genossinnen und Genossen in der Hansestadt.

Nach einer herzlichen Begrüßung durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD-Hamburg, Dr. Nils Weiland, zogen die Anwesenden ein kurzes Resümee über unsere Aktivitäten in den letzten zwei Jahren. Besondere Schwerpunkte waren dabei unser Engagement gegen ein Sterbehilfeverbot in Deutschland, unser Agieren als Sachverständiger bei der Beratung über eine Gottesformel in der Landesverfassung von Schleswig-Holstein aber auch die namensrechtliche Auseinandersetzung mit der Justiziarin beim SPD-Parteivorstand (bekanntlich versucht die Parteispitze noch immer, unsere Aktivitäten zu behindern).

Natürlich hatte die Jahresversammlung turnusgemäß auch einen neuen SprecherInnenkreis zu wählen. Auf eigenen Wunsch aus dem SprecherInnenkreis ausgeschieden sind Claudia Blume aus Berlin, Ellen Kühl-Murges aus NRW und Christoph Schuke aus Berlin bzw. Hessen. Wir danken den Dreien für ihr Engagement – vor allem Claudia Blume, die über viele Jahre unser Einladungswesen und unsere Mitgliederdatei geführt hat. Adrian Gillmann aus Baden-Württemberg bzw. Hessen, Monika Oetke aus Niedersachsen, Nils Opitz-Leifheit aus Baden-Württemberg, Rolf Schwanitz aus Sachsen und Ulla Wolfram aus Hamburg wurden erneut in den SprecherInnenkreis gewählt. Neu hinzu kommen außerdem Gerhard Lein aus Hamburg und Maurice Mäschtig aus Bremen. Der neue SprecherInnenkreis besteht also nun aus insgesamt sieben Genossinnen und Genossen. Wir wünschen unseren SprecherInnen viel Erfolg und eine glückliche Hand.

Inhaltliches Schwerpunktthema unseres Jahrestreffens 2016 war aber der Abschlussbericht „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“, den eine Kommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegt hat. In dieser Kommission haben auch die Säkularen Grünen, eine mit uns vergleichbare Gruppierung, erfolgreich mitgearbeitet. Obwohl die Säkularen Grünen erst zwei Jahre nach uns gegründet wurden, waren sie in ihrer Partei bereits als offizieller Arbeitskreis tätig und sind seit dem 10. September 2016 sogar als Bundesarbeitsgemeinschaft der GRÜNEN anerkannt. Mit

# Konfessionsfreie und säkulare SozialdemokratInnen Sachsen

dem Abschlussbericht geht die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun auch bei der längst überfälligen Reform des an vielen Stellen veralteten Religions- und Weltanschauungsrechts in Deutschland in eine programmatische Vorreiterrolle. Die SPD-Parteiführung verharnt stattdessen in ihrer selbstverordneten Blockadehaltung und verschläft einmal mehr eine wichtige gesellschaftspolitische Entwicklung. Auch im Blick auf diese Entwicklung haben wir in Hamburg sowohl einen „politischen“ als auch einen „programmatischen“ Beschluss gefasst. Ersteren findet ihr auch hier am Ende des Newsletters abgedruckt.

Schlussendlich haben die Laizistischen SozialdemokratInnen auch ihre Diskussion von vor zwei Jahren über eine zeitgemäße Bezeichnung unserer Gruppe auf Bundesebene wieder aufgegriffen. Wir haben nun auf dem Jahrestreffen 2016, nach dem vor zwei Jahren schon unsere Grundsätze verändert wurden, auch eine Namensänderung unserer Gruppe auf Bundesebene beschlossen. Unsere Gruppe heißt von nun an

## **„Säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“.**

Selbstverständlich ändert der neue Gruppenname nichts an unseren Forderungen nach einer Trennung von Kirche/Religion und Staat sowie an unserem Engagement für ein zeitgemäßes Religions- und Weltanschauungsrecht in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Schwanitz

---

1. Beschluss des Bundestreffens der Säkularen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, beschlossen in Hamburg am 10.09.2016

### **Die SPD muss wieder die Partei der Freiheit des Geistes werden und sich für eine zukunftsfähige Religions- und Weltanschauungspolitik öffnen!**

In unserer eigenen Partei, der SPD, haben sich die Führungsgremien seit langem gegen eine kritische Diskussion des überkommenen und reformbedürftigen Religions- und Weltanschauungsrechts in Deutschland ausgesprochen. Eigene weltanschauliche Arbeitskreise sind in der SPD bundesweit nur zu Religionsgemeinschaften erlaubt. Säkularen, Konfessionsfreien, atheistisch oder agnostisch orientierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird Vergleichbares verwehrt. Die Friedrich Ebert Stiftung verhält sich ebenso. Das mittlerweile über sechs Jahre anhaltende beharrliche Engagement der Laizistischen SozialdemokratInnen konnte daran nichts Grundsätzliches ändern. Dabei verfügt die Sozialdemokratie über eine besondere säkulare sowie humanistische Tradition, versteht sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen

# Konfessionsfreie und säkulare SozialdemokratInnen Sachsen

kommen und erhebt für sich den Anspruch, die Partei der Freiheit des Geistes zu sein. Es ist egal, ob eine solche Blockadehaltung führender Genossinnen und Genossen aus einer unzulässigen Vermischung zwischen eigenem Glauben und innerparteilichem Amt oder aus taktischem Kalkül erwächst. Falsch und einer offenen Partei wesensfremd ist diese Blockade allemal. Die SPD darf hier nicht länger einseitig agieren und passiv bleiben. Sie muss sich diesen Themen gegenüber öffnen, will sie ihrem Anspruch Partei der Freiheit des Geistes zu sein, wirklich entsprechen.

Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht vor einem programmatischen Aufbruch zur Weiterentwicklung des überkommenen und reformbedürftigen Religions- und Weltanschauungsrechts in Deutschland. Damit greifen die Grünen einen Reformbedarf auf, der im Blick auf die wachsende weltanschauliche und religiöse Vielfalt in unserem Land an Bedeutung gewinnt und dessen Auflösung längst überfällig ist. Die Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ ist ein Gremium des Bundesvorstands der Grünen. Es wurde 2013 berufen nach einem zuvor gefassten Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der Partei. Die Kommission ist weltanschaulich plural konzipiert - in ihr arbeiten Parteiangehörige religiöser, atheistischer und agnostischer Überzeugung. Die Säkularen Grünen - ein bundesweiter Arbeitskreis, der mittlerweile als Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen anerkannt worden ist – waren ebenfalls in der Kommission vertreten. Der nun vorgelegte Abschlussbericht der Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ ist das Ergebnis einer zweijährigen Arbeit. Damit schlagen die Grünen ein umfangreiches Konzept zur Reform des Verhältnisses zwischen Staat, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften vor, das noch in diesem Jahr einer Bundesdelegiertenkonferenz zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird.

Auch wenn wir als säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht alle Inhalte dieses Abschlussberichtes teilen, bleibt festzuhalten: Der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann auf dieser Grundlage eine zeitgemäße und langfristig wegweisende religionspolitische Positionierung gelingen. Mit diesen Reformvorschlägen eröffnet sie auch eine längst überfällige Diskussion über die Religions- und Weltanschauungspolitik in Deutschland sowie über die Bedeutung und Ausformung staatlicher Neutralität gegenüber Religionen und Weltanschauungen in einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft. Dieser politische Vorstoß ist bei den im Bundestag vertretenen Parteien bisher ohne Beispiel. Die Grünen kommen auf diese Weise einmal mehr in eine Vorreiterrolle - sowohl programmatisch als auch im Blick auf die innerparteiliche Demokratie.

Wir fordern unsere eigene Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, erneut und einmal mehr dazu auf, nach dem Vorbild der Grünen, endlich auch bei uns säkulare Arbeitsstrukturen in der Partei zuzulassen und in eine ergebnisoffene Diskussion zur Weiterentwicklung des überkommenen und reformbedürftigen Religions- und Weltanschauungsrechts einzutreten. Die SPD soll außerdem eine religions- und weltanschauungspolitische Kommission ins Leben rufen, um ein Arbeitspapier auf Augenhöhe zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu erarbeiten.